



Süddeutsche Zeitung  
Leserbriefredaktion

Puchheim, den 26.04.12

## Artikel „Geld für Nichtstun“ in der SZ Nr. 81 vom 5./6. April 2012

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Artikel „Geld für Nichtstun“ von Thomas Öchsner enthält einige Fragen und Missverständnisse, die zu falschen Schlüssen führen.

1. Anders als die Überschrift „Geld für Nichtstun“ und die Bildunterschrift „Entspannen im Park: [...] gäbe es dafür sogar Geld“ suggerieren, ist das Grundeinkommen nicht *Bezahlung für*, sondern *Ermöglichung von* etwas: Leben in Würde, Teilhabe an der Gesellschaft. Ohne Bedingungen.
2. Das Grundeinkommen wird i. A. *nicht* (nur) durch Konsumsteuern finanziert. Dies ist lediglich im Modell des Drogerieunternehmers Götz Werner der Fall. Daher ist auch keine „Megareform des Steuerstaats“ mit den damit verbundenen Risiken nötig.
3. Das Grundeinkommen ersetzt *nicht alle* Sozialleistungen. Leistungen bei Sonderbedarfen z. B. wegen Behinderung oder chronischer Krankheit bleiben erhalten. Welche Sozialleistungen durch das Grundeinkommen ersetzt werden sollen, ist in den verschiedenen Grundeinkommensmodellen unterschiedlich geregelt. Viele Modelle sehen z. B. weiterhin Wohngeld vor.
4. Um mögliche Risiken zu vermeiden und auf unerwartete Entwicklungen rechtzeitig reagieren zu können, sollte das Grundeinkommen schrittweise eingeführt werden. Die Entgegnung von Minderheitspiraten, dass dann die Wirtschaft eben schrittweise zusammenbreche (vgl. „die Lichter gehen aus“), ist deshalb weniger stichhaltig als lustig. Dagegen ist das ängstliche Festhalten am überholten Bismarckschen Modell in Zeiten radikal veränderter Voraussetzungen höchst riskant.
5. Die Befürchtung, durch das Grundeinkommen entstünden Millionen „professionelle Sofasitzer“ ist aus mehreren Gründen unangebracht. Die Alternative zu bezahlter Arbeit ist nicht Sofasitzen, weder bezahlt (siehe Punkt 1) noch unbezahlt. Und wer sich entscheidet, auf dem Sofa sitzen zu bleiben, wird nicht durch teure Fachkräfte dafür trainiert, wie derzeit Millionen „professionelle Bewerbungsschreiber“ für nicht existierende Stellen.

Der Arbeitsanreiz ist beim Grundeinkommen höher als bei Hartz IV, weil man nicht erst auf's Amt gehen und um Erlaubnis bitten muss, dort keine Formulare auszufüllen braucht und nicht den größten Teil des Zuverdienstes (beim „Aufstocken“) wieder abgezogen bekommt. Gerade für Niedrigverdiener wäre der Grenznutzen von Erwerbsarbeit zusätzlich zum Grundeinkommen besonders hoch. Bisherige Studien, z. B. die des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts, und Pilotprojekte zeigen,

dass durch ein Grundeinkommen das Arbeitsangebot nur geringfügig zurückgehen oder sogar zunehmen würde.

Im Falle Deutschlands mit seiner schon Jahrzehnte währenden Massenarbeitslosigkeit bestünde das Problem eher darin, ausreichend viele Bürger durch ein genügend hohes Grundeinkommen zum freiwilligen Verzicht auf ein paar Stunden Erwerbsarbeit zugunsten anderer zu bewegen!

Im Übrigen geht das nachgefragte Arbeitsangebot (Arbeitsvolumen pro Kopf) seit über 100 Jahren zurück, ohne dass die Produktion schrumpft: die hat sich im Gegenteil in diesem Zeitraum versechsfacht!

6. Der Anreiz zu Schwarzarbeit könnte vor allem bei Finanzierung des Grundeinkommens durch Mehrwertsteuer zunehmen (siehe aber Punkt 2). Genauer geht es um Schwarzverkäufe, bei der die Mehrwertsteuer hinterzogen wird. Dem stünden verringerte „Einsparungsmöglichkeiten“ bei der Hinterziehung von Lohnsteuer und Sozialabgaben gegenüber. Insgesamt ist daher eher von einer Verlagerung des Problems auszugehen. Zudem werden zur Finanzierung des Grundeinkommens typischer Weise die Reichen stärker zur Kasse gebeten: Und die arbeiten oft ohnehin nicht, also auch nicht schwarz, und/oder bevorzugen andere Formen der Steuervermeidung.
7. Die Rechnung „650 Euro Grundeinkommen = 640 Mrd. Euro Kosten pro Jahr“ eignet sich wohl eher für die Molkereibranche (Milchmädchen). Das tatsächlich zu finanzierende Gesamtvolumen ergibt sich erst nach Abzug der durch das Grundeinkommen ersetzten Sozialleistungen. Derzeit (2010) werden 760 Mrd. Euro pro Jahr für Sozialleistungen ausgegeben, also im Schnitt 775 Euro pro Kopf und Monat.
8. Die Idee des Grundeinkommens als „blauäugig“ zu bezeichnen zeugt von atemberaubender Selbstüberschätzung oder Unwissen. Immerhin beschäftigen sich seit Jahrzehnten weltweit Hunderte von Ökonomen und Sozialwissenschaftlern mit dem Thema, es gibt Tausende von wissenschaftlichen und populären Veröffentlichungen dazu, mindestens sieben Wirtschaftsnobelpreisträger befürworten ein Grundeinkommen. Bereits in den 1970er Jahren standen die USA, damals größte Volkswirtschaft der Welt, kurz vor der Einführung des Grundeinkommens. Präsident Nixon stoppte das Projekt damals nicht aus wirtschaftlichen Gründen. Seit 1984 veranstaltet das weltweite [Basic Income Earth Network \(BIEN\)](#), dem auch das deutsche Netzwerk Grundeinkommen angehört, alle zwei Jahre einen internationalen wissenschaftlichen Kongress zum Grundeinkommen, zuletzt 2010 in Sao Paulo. Der nächste BIEN-Kongress findet vom 14. bis zum 16.9.2012 in München statt: eine gute Gelegenheit für Kritiker des Grundeinkommens, sich auf den aktuellen Diskussionsstand zu bringen.

Mit freundlichen Grüßen

Reimund Acker

Netzwerk Grundeinkommen ([www.grundeinkommen.de](http://www.grundeinkommen.de))